



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Antrag an die ZdK-Vollversammlung am 23.05.2025

Menschenwürde schützen, Zusammenhalt fördern, Zukunftsfähigkeit entwickeln

Forderungen des ZdK an die Bundesregierung

Antragssteller*innen:

Präsidium des ZdK

Einleitung:

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat das ZdK seine Positionen zu verschiedenen Politikfeldern in den „Politischen Erwartungen zur Bundestagswahl 2025 – Menschenwürde – Zusammenhalt – Zukunftsfähigkeit“ gebündelt. Die Entwicklungen der vergangenen Monate wurden intensiv begleitet. Inzwischen ist der Koalitionsvertrag verabschiedet, am 06. Mai wurde Bundeskanzler Friedrich Merz im zweiten Wahlgang gewählt sowie die neue Bundesregierung gebildet.

Ausgehend von seinen politischen Erwartungen bewertet das ZdK den Koalitionsvertrag und benennt zentrale Forderungen an die neue Bundesregierung.

Beschlusstext:

Das ZdK setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der soziale Gerechtigkeit, solidarischer Zusammenhalt, ökologische Verantwortung und Menschenwürde höchste Priorität haben. Die Politik muss mutig den Wandel zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft gestalten:

Das ZdK würdigt die Fähigkeit der Koalitionspartnerinnen, eine Regierung der demokratischen Mitte zu bilden, um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen die Bundesrepublik Deutschland in einer dramatisch veränderten Weltlage steht. Die klare Absage an jede Zusammenarbeit mit der gesichert rechtsextremen AfD muss die Konsequenz sein.



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Das ZdK fordert eine generationen- und geschlechtergerechte Politik. Junge Menschen haben ein Recht auf gelingende Teilhabe; Kinder- und Jugendarmut muss bekämpft werden. Bildungsgerechtigkeit ist dafür ein Schlüssel. Wir fordern eine Bildungsoffensive; in der beschlossenen Fortsetzung und Ausweitung des Start-Chancen-Programms sehen wir einen wichtigen Beitrag. Der neue ministerielle Zuschnitt muss als Chance verstanden werden, Bildung, Teilhabe und Demokratieförderung stärker zu verbinden. Familienpolitisch fordern wir eine Strategie, in der die Erwerbs- und Sorgearbeit gerecht verteilt und Lebensläufe unterstützt werden, in denen neben auskömmlicher Entgeltstruktur Zeit für Familien bleibt.

Das ZdK fordert, dass sich die neue Bundesregierung und der neue Bundestag im Sinne der Menschenwürde für die Schwachen und vulnerablen Menschen einsetzt. Das gilt insbesondere auch am Anfang und Ende des Lebens. Das ZdK setzt sich weiterhin für einen Erhalt des Schutzkonzeptes mit einer bewährten Schwangerschaftskonfliktberatung ein. Es muss endlich eine tragfähige und praxistaugliche gesetzliche Regelung für Suizidassistenz eingeführt werden. Es braucht klare Vorgaben und hohe Hürden für den assistierten Suizid, die Sicherheit und Schutz für Menschen in Lebenskrisen gewährleisten. Das ZdK wirbt in diesem Zusammenhang für Schutzzräume und klare Sichtachsen auf das Leben,

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Migration und Integration müssen zusammengedacht werden, auch bei Stadtplanung und Bildung. Das Recht Geflüchteter, einen Asylantrag zu stellen, muss erhalten bleiben. Das Vorhaben, den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten auszusetzen, lehnen wir ab. Die Familie ist ein hohes Gut und fördert die Integration der betroffenen Menschen nachhaltig. Das ZdK plädiert deshalb dafür, anstelle einer Aussetzung des Familiennachzugs die derzeit geltende Obergrenze abzuschaffen und einen Rechtsanspruch auf Geschwisternachzug einzuführen.

Das Völkerrecht gerät immer stärker unter Beschuss und muss deshalb gerade für Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtend und handlungsleitend sein. Sicherheit und Verteidigung müssen neu aufgestellt werden. Dazu braucht es Investitionen. Dabei ist jedoch unbedingt auf Ausgewogenheit zu achten: Das ZdK kritisiert die Schieflage zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben. Europa muss sich verteidigen können. Es ist richtig, die Ukraine weiterhin auch militärisch zu unterstützen. Eine Verengung auf militärische Sicherheit ist aber nicht zukunftsfähig. Stattdessen trägt sie wesentlich dazu bei, dass auf die Bedrohungen von heute die Krisen von morgen folgen.

Das ZdK kritisiert die geplante Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes. Die Bundesregierung unter Angela Merkel führte das Lieferkettengesetz ein, die neue Koalition will es ohne wirksame alternative Regelungen zu Umweltschutz und Menschenrechten verwässern, um dann später die EU-Richtlinie in deutsches Recht zu gießen. Das ZdK kritisiert diese fehlende Stringenz - Planungssicherheit



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

für Unternehmen bleibt auf der Strecke; das Ringen um einen Welthandel, der Gerechtigkeit und planetare Grenzen ernstnimmt, wird torpediert.

Das ZdK erkennt an, dass mit der Förderung der Wirtschaft ein Ansatz zur Entwicklung der Gesellschaft gewählt worden ist. Es fordert aber, nicht beliebig auf Wachstum zu setzen, sondern auf Innovationen, die sowohl die Sozial- und Umweltpolitik als auch Nachhaltigkeitsfragen für die kommenden Generationen integral mitdenken. Der Koalitionsvertrag verkennt die Dimension des Artensterbens und der Klimakrise und verpasst die Chance auf eine zukunftsfähige Landnutzung: Ökosysteme brauchen Flächen zur Erholung, um die immensen ökologischen und die damit verbundenen ökonomischen Kosten zu vermeiden.

Als Zusammenschluss von katholischen Organisationen und Räten aus ganz Deutschland, die von vielen Ehrenamtlichen getragen wird, setzt sich das ZdK für eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ein. Diese Kraft muss in unserer Gesellschaft gefördert werden.

Das ZdK wird die anstehenden politischen Prozesse konstruktiv und kritisch begleiten, seine Expertise und Gespräche anbieten und sich dafür stark machen, dass eine generationen- und geschlechtergerechte, inklusive und zukunftsfähige Gesellschaft Wirklichkeit wird.